



Personen – Fakten -Trends

Tschechien: Staat entschädigt Kirche

Der tschechische Staat hat den Kirchen 2015 umgerechnet rund 75 Millionen Euro Entschädigung für im Kommunismus enteigneten Besitz gezahlt. Der Anteil der katholischen Kirche beträgt laut einem Bericht des Senders Radio Prag etwa 55 Millionen Euro. Diese will das Geld demnach vorerst nicht ausgeben, sondern für schlechtere Zeiten sparen. "Wir wollen nichts verschwenden, und heute können wir nicht in Zukunftsprojekte investieren, um der Gesellschaft zu helfen", wird der Generalsekretär der Tschechischen Bischofskonferenz, Tomas Holub, zitiert.

Die Zahlung erfolgt auf Grundlage einer 2013 mit der katholischen Kirche und weiteren religiösen Gruppierungen geschlossenen Vereinbarung. Die Regelung sieht unter anderem vor, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften eine finanzielle Entschädigung für nicht mehr restituierbare Immobilien und Bodenstücke im Wert von 2,3 Milliarden Euro bekommen. Die Summe soll über einen Zeitraum von 30 Jahren ausgezahlt werden. Im Gegenzug will sich der tschechische Staat schrittweise aus der Finanzierung der Kirchen zurückziehen. Derzeit bezahlt er unter anderem die Priestergehälter.

Haftbefehl für Jesuiten-Mörder

Die spanische Justiz fordert von El Salvador offiziell die Festnahme und Auslieferung von 17 Militärangehörigen, die 1989 an der Ermordung von sechs Jesuiten beteiligt gewesen sein sollen. Der zuständige spanische Richter Eloy Velasco habe bereits am Dienstag den internationalen Haftbefehl und Auslieferungsantrag an die Interpol-Zweigstelle in El Salvador ausgestellt, berichteten spanische Zeitungen. Unter den Militärs befindet sich den Angaben zufolge auch ein ehemaliger Verteidigungsminister des mittelamerikanischen Landes.

Ihnen wird vorgeworfen, für das Massaker in der Katholischen Universität von San Salvador im November 1989 verantwortlich zu sein. Damals stürmte ein Kommando der Streitkräfte in die Universität und ermordete sechs jesuitische Theologen, eine Haushälterin und deren 15-jährige Tochter. Fünf der Jesuiten waren Spanier.

Die spanische Justiz hatte bereits vor einigen Jahren die Auslieferung der Verdächtigen gefordert. Diese waren 1993 zwar zu 30 Jahren Haft verurteilt, aufgrund einer Amnestie jedoch sofort wieder freigelassen worden.

Lateinamerika: Vertrauen in die Kirche

Die Kirche ist nach wie vor die Organisation, der die Bewohner Lateinamerikas am meisten vertrauen. Laut einer aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstituts "Latinobarometro" haben 69 Prozent der Lateinamerikaner "viel" oder "ein wenig" Vertrauen in die Kirche. Auf den Plätzen zwei und drei der Umfrage landeten die Massenmedien Radio (49 Prozent) und Fernsehen (47 Prozent). Es folgen das Militär und die Banken (je 44 Prozent).

Relativ wenig Vertrauen schenken die Lateinamerikaner der Studie zufolge ihrer jeweiligen Regierung (33 Prozent). Am argwöhnischsten betrachten sie demnach jedoch die politischen Parteien, die einen Vertrauenswert von nicht einmal 20 Prozent erreichten.

Das Institut "Latinobarometro" in Santiago de Chile ist nach eigenen Angaben eine gemeinnützige, unabhängige Organisation, die jährlich 20.000 Menschen in 18 lateinamerikanischen Ländern befragt.

Karlspreis für Papst Franziskus

Papst Franziskus erhält den Karlspreis 2016. Die Auszeichnung wird seit 1950 für besondere Verdienste um die Einigung Europas verliehen. Die Übergabe des Preises soll diesmal in Rom stattfinden.

"In einer Zeit, in der viele Bürgerinnen und Bürger in Europa Orientierung suchen, sendet Seine Heiligkeit Papst Franziskus eine Botschaft der Hoffnung und der Ermutigung aus", stellte das Karlspreisdirektorium in seiner Begründung fest. Der Papst sei eine "Stimme des Gewissens", die mahne, den Menschen immer und überall in den Mittelpunkt zu stellen.

Italien: Proteste gegen Homo-Ehe

Die Italienische Bischofskonferenz hat sich gegen Bestrebungen der italienischen Regierung gewandt, Homosexuellen die Adoption von Kindern ihrer Lebenspartner zu erlauben. Es gebe kein Recht auf Kinder, sagte Kardinal Edoardo Menichelli der Tageszeitung «La Stampa». Eine solche Sichtweise mache Kinder zu einem Besitz. Wenn derartige Adoptionen erlaubt würden, sei nicht zu verhindern, dass Homosexuelle im Ausland von Leihmüttern ein Kind austragen und dieses von ihrem Lebenspartner in Italien adoptieren ließen, so der Familienbeauftragte der Bischofskonferenz. Zugleich betonte er, dass dies keine Diskriminierung von Homosexuellen bedeute. Jede Person müsse unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung respektiert werden. Aber «nicht alle Wünsche sind Rechte, nicht alle Formen des Zusammenlebens können der Ehe gleichgestellt werden».

Italien ist das einzige westeuropäische EU-Land, das gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften bislang nicht rechtlich anerkennt.

USA: Umstrittene Waffengesetze

In den USA haben katholische Bischöfe den Vorstoß von Präsident Barack Obama begrüßt, die geltenden Waffengesetze zu verschärfen. „Wir danken Gott, dass endlich jemand den Mut hat, die Lücken unserer beschämenden Waffengesetze zu erkennen, um die Zahl der Selbstmorde, Morde und Blutbäder zu reduzieren, die in unserem Land zu einem Übel geworden sind“, schrieb der römisch-katholische Bischof von Dallas (Bundesstaat Texas), Kevin Farrell. In Texas war zu Jahresbeginn ein Gesetz in Kraft getreten, das es Bürgern erlaubt, Waffen offen in Holstern am Gürtel oder um die Schulter zu tragen. Wie Farrell betonte, ist das in den Einrichtungen seiner Diözese auch künftig verboten.

Auch der Erzbischof von Miami (Bundesstaat Florida), Thomas G. Wenski, lobte Obamas Initiative: „Obschon keine Maßnahme in der Lage sein wird, Gewalt mit Schusswaffen endgültig zu bekämpfen, begrüßen wir angemessene Bemühungen zum Schutz von Menschenleben und für mehr Sicherheit in unseren Gemeinden.“

Vietnam: Verhandlungen zwischen Kirche und Staat

Im Auftrag des hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Reinhard Marx, Anfang Januar in Vietnam mit dortigen Regierungsvertretern über Verbesserungen in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat verhandelt und ein Ende der bislang praktizierten „Überwachungsmaßnahmen“ gefordert.

Marx betonte, dass die gesetzlich verankerte Religionsfreiheit unabdingbare Voraussetzung für einen wirksameren Beitrag der Kirche in den Bereichen Gesundheit und Bildung sei.

Von den 91 Millionen Einwohnern Vietnams sind Schätzungen zufolge knapp über 8 Prozent Christen. Die mit Abstand größte Gruppe unter ihnen stellen die Katholiken mit derzeit 6,6 Millionen. 1975 hatten Vietnam und der Heilige Stuhl ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen. 2011 ernannte Benedikt XVI. den Vatikanbotschafter in Singapur, Erzbischof Leopoldo Girelli, zusätzlich zum nichtresidierenden Repräsentanten des Vatikans für Vietnam.

Anglikanische Kirche: „Familien-Konflikt“

Die Mehrheit der anglikanischen Nationalkirchen hat den US-Zweig der Konfessionsfamilie, die Episcopal Church (Episkopalkirche), für drei Jahre von ihren gemeinschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen. Hintergrund sind gegensätzliche Ansichten zur Bischofsweihe für Frauen und namentlich der Umgang mit Homosexualität. Diese Entscheidung wurde Anfang Januar bei einem Spitzentreffen der 39 anglikanischen Primas-Erzbischöfe in Canterbury getroffen, bei dem der englische Primas Justin Welby den Vorsitz hat.

Die Mehrheit der Leiter der 39 nationalen Kirchenprovinzen weltweit erklärten, das Vorgehen der US-Anglikaner stelle eine "grundsätzliche Abkehr vom Glauben und der Ehe-Lehre der Mehrheit der anglikanischen Provinzen" dar. Dies schaffe Misstrauen, wo ansonsten der "einheitliche Wille" bestehe, "gemeinsam im Glauben weiterzugehen".

Besonders Bischöfe aus Afrika und Asien sind gegen eine Abkehr von der traditionellen Sexualethik. Der anglikanischen Kirche gehören nach unterschiedlichen Angaben weltweit zwischen 77 und 85 Millionen Christen an.

Polnischer Bischof übt scharfe Kritik an Regierung

Der frühere Generalsekretär der Polnischen Bischofskonferenz (KEP) und Europabischof, Tadeusz Pieronek, hat gegenüber der italienischen katholischen Presseagentur SIR scharfe Kritik am Vorgehen der neuen PiS-Regierung gegen Verfassungsgericht und Medien geübt. "Was heute in Polen passiert, ist die Negation der Regeln der Rechtsstaatlichkeit", sagte Pieronek zur aktuellen politischen Situation. Die Mehrheitspartei mit der von ihr gestellten Regierung - die nationalkonservative "Prawo i Sprawiedliwość" (PiS) von Jaroslaw Kaczynski - verwandle das Land "mit Methoden, die inakzeptabel sind".

Die PiS führe Änderungen "mit Arroganz und gegen den Willen der anderen" durch, sagte der Bischof. Er kritisierte die Machthaber als "taub für die Stimme des Volkes" und sagte, dass "diejenigen, die in der Regierung sind, die Pflicht haben, in Übereinstimmung mit demokratischen Regeln zu handeln."

Alois Glück: Ursachen der Flüchtlingsmisere bekämpfen

Der frühere Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) Alois Glück hat zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms mehr außenpolitische Anstrengungen gefordert, die auch Afrika einschließen müssen. "Wir können in Deutschland und in Europa auf Dauer keine gute Zukunft haben, wenn rund um uns herum nur Elend und Konflikte herrschen", sagte Glück in einem Interview mit der beim Internationalen Katholischen Missionswerk in München erscheinenden Zeitschrift "missio-Magazin" (Februar 2016)

Am meisten Kopfzerbrechen mache ihm Afrika, fügte er hinzu. Bis 2050 werde sich dort die Bevölkerung (von derzeit 1,2 auf dann 2,4 Milliarden) verdoppeln, in vielen Ländern liege der Altersdurchschnitt bei 25 Jahren. Wenn diese Millionen junger Menschen keinerlei Perspektive hätten, dann würden sie alles riskieren - nach dem Motto: „Sterben kann ich überall“. Die Europäische Union müsse eine gemeinsame Afrikapolitik betreiben, angefangen bei der selbstkritischen Überprüfung ihrer Handelsbeziehungen.

Mit Blick auf die deutsche Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland erinnerte Glück an die Integration von mehr als zwölf Millionen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese seien auch damals von den Einheimischen als Konkurrenten wahrgenommen worden, es habe Neid und Witze gegeben. "Das war keine Harmonieveranstaltung, sondern ein schwieriger Lernprozess." Daraus sei aber nicht nur ökonomisch eine große Bereicherung geworden, denn die Neubürger hätten "auch die geschlossenen Denkwelten bei uns ein Stück aufgesprengt".

Schweiz: Katholiken größte Konfessionsgruppe

Nach den jüngsten Erhebungen des schweizerischen Bundesamts für Statistik (BFS) stellen die Katholiken mit knapp 38 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte Konfessionsgruppe in unserem Nachbarland.

Der Anteil der reformierten Christen ist innerhalb der vergangenen 70 Jahre von 55,8 Prozent (1944) auf 25,5 Prozent (2014) gesunken. Sie liegen damit nur wenig über dem Anteil der Konfessionslosen, welcher 23 Prozent beträgt. Dieser Prozentsatz hat sich innerhalb von 14 Jahren verdoppelt. Rund 5 Prozent der schweizerischen Bevölkerung bekennen sich zum Islam.

Erstes Papst-Interview mit einer chinesischen Zeitung

In seinem ersten Interview mit einer chinesischen Zeitung hat Papst Franziskus China als große Kulturnation gewürdigt. Das chinesische Volk sei auf einem hoffnungsvollen Weg, sagte er im Gespräch mit der Hongkonger "Asia Times". Franziskus wandte sich gegen Ängste vor dem raschen Aufstieg des Landes und plädierte für einen offenen Dialog internationaler Mächte mit Peking. "Der Westen, der Osten und China haben alle die Fähigkeit und die Stärke, um das Gleichgewicht und den Frieden zu erhalten", sagte Franziskus.

Es dürfe nicht darum gehen, "den Kuchen aufzuteilen" wie bei der Konferenz von Jalta 1945, so der Papst. Dialog sei weder mit Selbstaufgabe zu verwechseln, noch dürfe er eine "versteckte Agenda" zu einer kulturellen Kolonisation des anderen beinhalten.

Über Europa sagte Franziskus in dem Interview, der Kontinent sei von der "Mutter Europa" zur "Großmutter" geworden. Er hoffe jedoch, Europa werde zu seiner alten Rolle zurückfinden. Von China erhalte der Kontinent viel. Dieser Austausch müsse dem Frieden dienen.